



Auswirkung gesellschaftlicher Entwicklungen auf physikalische Erkenntnisse

Stand: 24.02.23

Begleitmaterial

**ABSOLUTE
WISSENSCHAFT
IN EINER
ABSOLUTEN
WELT**

ABSOLUTE WISSENSCHAFT IN EINER ABSOLUTEN WELT

DER FALL PHILIPP LENARD

FRANK ENGEHAUSEN

Der umstrittene Heidelberger Physiker und Nobelpreisträger Philipp Lenard agierte in fachlichen Kontroversen, vor allem im Streit um Albert Einsteins Relativitätstheorie, mit einer absoluten Selbsteinkapselung. Dies machte ihm auch in seiner politischen Haltung relative – das heißt: die Existenz unterschiedlicher Perspektiven anerkennende – Wahrnehmungen unmöglich.

E

Ein „im Pferdestall geborener Ziegenbock“ sei „doch noch lange kein edles Pferd, auch dann nicht, wenn man ihm die Aufschrift ‚Pferd‘ anhefte“. So urteilte der Heidelberger Physiker und Nobelpreisträger Philipp Lenard über Albert Einstein, diesen „so ganz besonders jüdischen Juden“. Dies ist nur eine von zahlreichen widerlichen diffamierenden Aussagen, die sich in den fragmentarischen, postum veröffentlichten Lebenserinnerungen von Philipp Lenard finden, der ab 1907 Direktor des Physikalischen Instituts der Universität Heidelberg war und sich zu einem nationalistischen und antisemitischen Verfechter einer „Deutschen Physik“ entwickelte.

Hauptzielscheibe von Lenards Kritik war Albert Einstein, dessen Arbeiten er mit Verweis auf seine „Rassezugehörigkeit“ kategorisch zurückwies.

Philipp Lenard war ein Wissenschaftler, der in fachlichen Kontroversen – allen voran im Streit um Albert Einsteins Relativitätstheorie – mit einer absoluten Selbsteinkapselung agierte. Sie verunmöglichte ihm auch in seiner politischen Haltung relative –

das heißt: die Existenz unterschiedlicher Perspektiven anerkennende – Wahrnehmungen. Zum „politischen Professor“ fühlte sich Lenard, der seit 1907 als frisch dekoriertes Nobelpreisträger (1905) das Institut für Physik und Radiologie der Universität Heidelberg leitete, zunächst nicht berufen. Erst als Mittfünfziger trat er mit öffentlichen Aussagen zu politischen Gegenwartsfragen hervor.

Den Anlass hierzu bot ihm die englische Kriegserklärung an Deutschland im August 1914. Er reagierte darauf mit der in der Tagespresse mitgeteilten Rückgabe einer ihm für seine wissenschaftlichen Verdienste

verliehenen Medaille der Londoner „Royal Society“. Lenard wollte dies als Zeichen seines „Abscheus vor der in diesen Tagen so deutlich gewordenen Eigenart englischer Denkweise“ verstanden wissen. Über die Gründe dieses „Abscheus“ äußerte er sich in seinem im August 1914 verfassten Pamphlet „England und Deutschland zur Zeit des großen Krieges“. Lenards Schrift folgte dem Tenor zahlreicher anderer individueller Stellungnahmen und auch der kollektiven Manifeste deutscher Wissenschaftler, die „vor der gesamten Kulturwelt Protest gegen die Lügen und Verleumdungen“ der Kriegsgegner erhoben, wies aber doch markante Eigenarten auf, indem er die Belege für seine These einer ehrlosen kulturellen Überheblichkeit der Engländer stark auf die Wissenschaft im Allgemeinen und die Physik im Besonderen konzentrierte. Der Krieg war für Lenard „ein Kreuzzug für die Geltung der Ehrlichkeit auf Erden“, die durch das „gegenwärtige England systematisch zuschanden gemacht“ werde.

Die Physikerin Charlotte Schönbeck, die zur Physik an der Universität Heidelberg geforscht und dazu unter anderem in dem Sammelband „Die Universität Heidelberg und ihre Professoren während des Ersten Weltkriegs“ publiziert hat, führt den „radikalen Wandel“ Lenards mit überzeugenden Argumenten auf eine persönliche Kränkung durch seinen englischen Kollegen Joseph John Thomson zurück: Dieser war ihm Ende der 1890er-Jahre mit der Publikation einer Entdeckung zuvorgekommen, die Lenard für sich beanspruchte.

Radikaler Antisemitismus

So wie Lenard während des Ersten Weltkrieges von einem politisch nach außen nicht in Erscheinung getretenen Wissenschaftler in Überhöhung individueller Ärgernisse zu einem nationalen Chauvinisten wurde, war auch seine weitere Entwicklung zum radikalen Antisemitismus offenkundig ein Prozess der Verabsolutierung persönlicher Konflikterfahrungen aus einem wissenschaftlichen Kontext in den Bereich der Ideologie, als 1918/19 mit der Revolution – ähnlich wie beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs – ein politischer Umbruch eine Neuorientierung erzwang. Diese fiel im Falle Lenards mit den Fachdiskussionen

der Physiker über die Arbeiten Einsteins zur Relativitätstheorie zusammen. Lenard hatte sie zunächst mit Interesse und nicht ohne Sympathie kommentiert, lehnte sie aber spätestens seit den Tagungen der Deutschen Naturforscher und Ärzte 1920 in Bad Nauheim, wo es zum persönlichen Bruch zwischen beiden kam, und 1922 in Leipzig vehement ab. Lenard, der trotz eigener großer Verdienste um deren experimentelle Grundlagen nicht in der Lage war, „den Übergang von der klassischen Physik zu den Grundkonzeptionen der modernen Physik mit zu vollziehen“ (Schönbeck), deutete die fachlichen Kontroversen rasch in einen Rassenkonflikt um, in dem er der rein abstrakten „jüdischen“ Physik eine „deutsche“ oder auch „arische“ Physik gegenüberstellte.

Den Kampf für die „deutsche“ Physik focht Lenard in seinen wissenschaftlichen Publikationen und auch im von ihm geleiteten Institut, das zum Beispiel ein „sehr begabter Schüler von ganz guter Rassenbeschaffenheit“ verlassen musste, als er dem „Judentegeist in der Naturwissenschaft“ erlegen war und sich zu „immer oberflächlicherer unsauberer experimenteller Arbeit verleiten“

ließ, wie er in seinen „Erinnerungen eines Naturforschers“ festhielt. Auch außerhalb seines Instituts und seiner Fachkreise trat Lenard bald als Antisemit hervor. Schlüsselbedeutung hatte dabei ein von ihm provoziertes Skandal um die Beflagung des Physikalischen Instituts anlässlich der Beerdigung des von Rechtsradikalen ermordeten liberalen Reichsaußenministers Walther Rathenau im Juni 1922: Lenard ignorierte die Anordnung zur Beflagung und Schließung der Universitätsgebäude mit dem Argument, dass seine Studenten wegen eines toten Juden nicht faulenz dürften. Noch drastischer formulierte er es in seinen Lebenserinnerungen, in denen er auf die Ermordung des früheren Reichsfinanzministers Matthias Erzberger ein Jahr zuvor zurückblickte und konstatierte:

„Meine Verachtung solcher Leute und mein Eindruck von deren unermeßlicher Schädlichkeit war so groß, daß ich damals wiederholt offen sagte: nun sei doch auch für Rathenau's Beseitigung die Zeit gekommen“.

Schutzhaft nach Beflagungsboykott

Lenards Beflagungsboykott veranlasste eine Gruppe sozialistischer Studenten und

Arbeiter, in sein Institut einzudringen, um die Durchführung der Anordnung zu erzwingen. Der „Stürmung durch eine vielhundertköpfige Menge“ setzte Lenard die „Abwehr mittels Wasserstrahlen der Feuerschläuche“ entgegen, musste aber selbst von herbeigeeilten Polizisten zur Vermeidung einer weiteren Eskalation für einige Stunden in „Schutzhaft“ genommen werden.

Das Nachspiel des Vorfalles war bezeichnend für die damalige politische Situation an der Universität Heidelberg: Erst auf Anweisung der badischen Regierung führte die Universität ein Disziplinarverfahren gegen Lenard durch. Obwohl dieses mit einem Verweis glimpflich für ihn endete, reichte er ein Entlassungsgesuch ein, das er allerdings zurückzog, nachdem mehrere Hundert Studenten ihn in einer Petition zum Bleiben aufgefordert hatten. „Diese Ereignisse“, so Lenard in der Rückschau, „haben mich den Studierenden noch viel näher gebracht als vorher. Es kamen von da ab öfter [...] Zusammenkünfte meiner Zuhörer bei mir zustande (nachher von ihnen ‚Völkerfeste‘ benannt), wobei ich vor dem Essen Ansprachen hielt, die oft Hitler betrafen“.

„Philipp Lenards Entwicklung zum radikalen Antisemitismus war offenkundig ein Prozess der Verabsolutierung persönlicher Konflikterfahrungen.“



PROF. DR. FRANK ENGEHAUSEN ist Akademischer Mitarbeiter am Historischen Seminar der Universität Heidelberg. Von 2014 bis 2018 koordinierte er das Forschungsprojekt „Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus“. Aktuell leitet er gemeinsam mit Prof. Dr. Wolfram Pyta (Stuttgart) und Prof. Dr. Edgar Wolfrum (Heidelberg) das Forschungsprojekt „Reintegration, Schuldzuweisung und Entschädigung – Bewältigung und Nichtbewältigung der NS-Vergangenheit in den drei Vorgängerlandern Baden-Württembergs“.

Kontakt: frank.engehausen@zegk.uni-heidelberg.de

Den politischen Werdegang Adolf Hitlers und der von ihm geführten NSDAP hat Lenard von Anfang an mit großer Sympathie verfolgt und immer wieder werbend kommentiert: zum Beispiel im Februar 1924, als der Hochverratsprozess wegen des Putsches vom 9. November des Vorjahres begann, mit einem Lob auf den Hauptangeklagten Hitler als „den wahren Philosophen mit klarem Geist“ zum Schluss seiner Vorlesung des Wintersemesters oder für ein größeres Publikum im gleichen Jahr in einem Aufsatz über „Hitlergeist und Naturwissenschaft“ in der „Großdeutschen Zeitung“. Zu einem persönlichen Treffen mit Hitler kam es im Mai 1926 in Heilbronn; dieses Treffen steigerte noch Lenards Zuversicht, dass es den Nationalsozialisten gelingen werde, die ihm verhasste Republik zu beseitigen. Zu direkter parteipolitischer Tätigkeit sah sich Lenard indes nicht geeignet. Die NSDAP-Mitgliedschaft erhielt er erst ehrenhalber zu seinem 75. Geburtstag im Jahr 1937; in der Zeit vor 1933 identifizierte er sich mit der Partei aber durch mehrere Mitgliedschaften in deren Umfeldorganisationen wie dem NS-Opfering und dem Kampfbund für Deutsche Kultur sowie als förderndes Mitglied der SS.

Als die Nationalsozialisten 1933 an die Macht gelangten, war Lenard bereits Ruhestandswissenschaftler, der an der Entwicklung des knapp ein Vierteljahrhundert von ihm geleiteten Instituts allerdings noch lebhaften Anteil nahm: Nach Lenards Emeritierung 1931 war die Leitung zunächst an Walther Bothe gefallen, der jedoch als Nicht-Nationalsozialist in Heidelberg einen schweren Stand hatte und 1934 die Chance nutzte, als Direktor des Instituts für Physik an das Kaiser-Wilhelm-Institut für Medizinische Forschung zu wechseln. Bothes Nachfolger in Heidelberg wurde der Lenard-Schüler August Becker, und dass Lenard als „graue Eminenz des Physikalischen Instituts“ (Schönbeck) agierte, wurde auch in dessen Umbenennung in „Philipp-Lenard-Institut“ in einem Festakt in Anwesenheit des badischen NS-Kultusministers Otto Wacker im Dezember 1935 deutlich. Dies war nicht die erste große Ehrung, die Lenard durch die nationalsozialistischen Machthaber zuteilwurde: Bereits am 8. Juni 1933 war ihm vom badischen Reichsstathalter

Robert Wagner, der sich in diesen betrieblichen Tagen der Machtübernahme und Gleichschaltung persönlich nach Heidelberg bemüht hatte, zu seinem 71. Geburtstag „in Anbetracht seiner großen Verdienste um die Wissenschaft“ der „Adlerschild des Deutschen Reiches“ verliehen worden.

„Altmeister arischer Naturforschung“

Weitere Ehrungen folgten: 1936 erhielt Lenard auf dem Reichsparteitag der NSDAP als erster Preisträger den neu gestifteten Parteipreis für Wissenschaft, und zu seinem 75. Geburtstag wurde ihm nicht nur das Goldene Ehrenzeichen der Partei verliehen, sondern auch die Heidelberger Oberrealschule in „Philipp-Lenard-Schule“ umbenannt. In der Presseberichterstattung zu seinem Geburtstag wurden 1937 gleichgewichtig neben seinen wissenschaftlichen Verdiensten („größter Experimentalforscher der Gegenwart“, „Altmeister arischer Naturforschung“) auch seine politischen Meriten gewürdigt: Er sei schon 1922 „als aufrechter Mann für die Idee Adolf Hitlers“ eingetreten und habe damals unter den „schlimmsten Verfolgungen“ bis zur Bedrohung „mit dem Tode“ zu leiden gehabt: „Aber sein Kampf um den Nationalsozialismus, um eine arische Wissenschaft ging weiter. Er blieb der unerschütterliche Vorkämpfer[,] bis endlich nach dem Umbruch auch er sein Ziel erreicht sah: Die Universität Heidelberg als Hochburg deutschblütiger Wissenschaft.“

Den gleichen Tenor hatten auch die Feierlichkeiten zu seinem 80. Geburtstag im Juni 1942, die von der Universität mit großem Aufwand begangen wurden – unter anderem hielt der Reichspostminister Wilhelm Ohnesorge, ein ehemaliger Lenard-Schüler, eine Rede. Das regionale Parteiblatt der NSDAP würdigte Lenard zu diesem Anlass mit den Worten: „Er war absolut in der Wissenschaft, absolut in seiner Weltanschauung, die ihn früh in die Reihen der Anhänger Adolf Hitlers führte, und daher wehrte sich der Kämpfer in ihm gegen alle Relativität. Auf dem Gebiete der Wissenschaft, wie im politischen Kampf, dem er nie auswich.“

Die „absolute“ Haltung, die ihn zu einem bei den Nationalsozialisten begehrten Aushängeschild machte, um darauf zu verwei-

„Zum persönlichen Bruch mit Albert Einstein kam es im Jahr 1920 auf der Tagung Deutscher Naturforscher und Ärzte in Bad Nauheim.“

sen, dass man auch unter den Koryphäen der Naturwissenschaft früh Unterstützung gefunden habe, legte Lenard auch mit der nationalsozialistischen Machtübernahme nicht ab, sondern steigerte sie zur Hybris. Wohl kaum anders ist zu erklären, dass er sich im März 1933 mit einer Denkschrift an Reichskanzler Hitler wandte, in der er den „stark verrottete[n] Zustand“ des Berufungs- und Ernennungswesens an den

„Politische Professoren“: Der Fall Philipp Lenard (1862 bis 1947)

Die Wissenschaftsgeschichte ist ein breites Feld, das verschiedene Zugänge bietet. Neben disziplinären Ansätzen, mit denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Entwicklung der eigenen Fächer nachspüren, gibt es geschichtswissenschaftliche, die auf die Strukturen des Wissenschaftsbetriebs oder auf die politischen Haltungen und Handlungen von Universitätsangehörigen im Kollektiv und von einzelnen einflussreichen Gelehrten fokussieren. Für Letzteres bietet die Heidelberger Universitätsgeschichte vornehmlich des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, als der „politische Professor“ ein gesellschaftlich weithin akzeptiertes Leitbild war, reiches Untersuchungsmaterial.

Eine allgemeine Klassifizierung dieser politisch engagierten und exponierten Gelehrten, die vom vormärzlichen Kleinstaat über den kaiserlichen Obrigkeitsstaat und die Weimarer Demokratie bis hin zur nationalsozialistischen Diktatur in unterschiedlichen Systemen agierten, ist nur in groben Kategorien möglich – etwa ob sie emanzipatorisch wirkten oder als Gegner der Ausweitung von Freiheitsrechten und Gleichheitsprinzipien. Das Gegensatzpaar „relativ“ und „absolut“, das in der Geschichtswissenschaft wenig gebräuchlich ist, drängt sich in diesem Kontext als Analysekategorie nicht unbedingt auf, kann für den hier skizzierten Einzelfall von Philipp Lenard als „politischem Professor“ vielleicht aber doch nützlich gemacht werden.

ABSOLUTE SCIENCE IN AN ABSOLUTE WORLD

THE CASE OF PHILIPP LENARD

FRANK ENGEHAUSEN

The article outlines the political biography of Heidelberg physicist and Nobel laureate Philipp Lenard (1862–1947), who during the first world war underwent a transformation from apolitical scientist to national chauvinist. Just as Lenard's experience of personal slights in the scientific community led him to develop a fundamental hostility toward Britain, so too was his transformation into a radical anti-Semite since 1920 based on professional controversy: at the time of transition from classic to modern physics, Lenard made a name for himself as an opponent of Albert Einstein, whose work on general relativity he criticised vehemently and whom he personally discredited on account of his being a "member of the Jewish race". These resentments hardened into an anti-Semitic and anti-democratic ideology that Lenard soon began to display openly, for instance by refusing to raise flags at his institute for the funeral of the murdered foreign secretary Walther Rathenau in 1922 – the resulting scandal created ripples far beyond the University's walls.

Lenard, who in the 1920s constructed a system of "German Physics" that opposed the modern approaches of the discipline, was an early sympathiser with the National Socialist cause, without becoming directly involved in party politics. After their rise to power in 1933, the Nazis used the now retired Heidelberg physicist as a poster child for the acceptance of the dictatorship by the scientific elite and bestowed numerous honours on the "unwavering campaigner for German-blood science". Lenard himself hoped to gain significant influence on University politics in 1933, but was only moderately successful with his interventions in appointment procedures for scientific-mathematical professorships. ●

PROF. DR FRANK ENGEHAUSEN is an academic assistant at Heidelberg University's Department of History. From 2014 to 2018 he coordinated a research project on the history of Baden and Württemberg state ministries in the National Socialist era. He is currently co-director – with Prof. Dr Wolfram Pyta (Stuttgart) and Prof. Dr Edgar Wolfrum (Heidelberg) – of another research project entitled "Reintegration, recrimination and compensation – success and failure in coming to terms with the National Socialist past in the three predecessor states of Baden-Württemberg".

Contact: frank.engehausen@zegk.uni-heidelberg.de

“Philipp Lenard’s transformation into a radical anti-Semite was obviously triggered by an absolutisation of personal conflicts.”

„Seine absolute Haltung machte Philipp Lenard zu einem bei den Nationalsozialisten begehrten Aushängeschild.“

Hochschulen des Reiches beklagte und sich erbot, „den Unterrichts-Ministerien behilflich zu sein bei ihrer Aufgabe, die Hochschulvorschläge in Personal-Angelegenheiten zu prüfen, zu bewerten, zu beeinflussen, gegebenenfalls zu verwerfen und durch andere zu ersetzen. Ich beschränke mich dabei auf die naturwissenschaftlich-mathematischen Fächer, in welchen mir Sach- und Personenkenntnisse zur Verfügung stehen. Ich würde mich nicht anbieten, wenn ich nicht wüßte, daß unter den selbst für Berufungen nicht mehr in Frage kommenden niemand sonst da ist, der in den genannten Fächern zuhause und doch nicht mit dem traurigen Professoren-Geist belastet ist, den ich durch mehr als 15 Jahre schon innerhalb der Universität – leider vergeblich – zu bekämpfen gesucht habe“.

Welche Konsequenzen Lenards Versuch hatte, die eigene wissenschaftliche Isolation zu überwinden und durch eine Generalermächtigung des „Führers“ reichsweit Berufungsverfahren in den naturwissenschaftlich-mathematischen Fächern zu lenken, lässt sich noch nicht abschließend klären. Charlotte Schönbeck hat in einem Beitrag zu einem Sammelband über die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus darauf hingewiesen, dass Lenards in der Denkschrift formulierter Prüfungsan-

spruch vom Reichsinnenministerium den Landeskultusministerien zumindest kommuniziert wurde und dass es ihm jedenfalls in einzelnen Fällen gelang, Kandidaten zu verhindern.

Lenard selbst jedoch scheint sich einen weit aus größeren Einfluss erhofft zu haben. Dies legt ein Brief nahe, den er im Mai 1939 dem badischen Kultusminister Wacker zukommen ließ, als dieser nach zweijähriger Tätigkeit als Leiter des Amtes Wissenschaft im Reichserziehungsministerium, frustriert über die Widerstände, denen er in der dortigen Bürokratie begegnet war, aus Berlin nach Karlsruhe zurückkehrte. In diesem Trosts Schreiben verwies Lenard auf eigene „grosse [...] Enttäuschungen“ mit der Berliner nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik und beklagte, dass im Reichserziehungsministerium immer noch Zöglinge „der gewesenen Göttinger naturwissenschaftlichen Judenschule aus der Systemzeit“ den Ton angäben. Offenkundig also war der Kampf gegen „alle Relativität“ für Lenard auch sechs Jahre nach der nationalsozialistischen Machtübernahme noch bei Weitem nicht gewonnen. ●

Frank Engehausen: Absolute Wissenschaft in einer absoluten Welt. Der Fall Philipp Lenard. Forschungsmagazin RUPERTO CAROLA (Ausgabe 14, Juni 2019), Universität Heidelberg

Süddeutsche Zeitung

Historie: Das gespenstische Echo der Geschichte

24. Juni 2022, 6:36 Uhr

Lesezeit: 8 min

Vor 100 Jahren ermordeten rechtsextreme Terroristen den liberalen deutschen Außenminister Walther Rathenau. Über einen tiefen Einschnitt im kurzen Leben der Weimarer Republik und die Parallelen, die sich zu rechtem Terror heute ziehen lassen.

Von [Ronen Steinke](#)

Zwei dominierende Figuren hatte die Weimarer Republik, so hat der Schriftsteller und Journalist Sebastian Haffner einmal geschrieben. Die eine war Walther Rathenau, der schillernde, liberale, jüdische deutsche Außenminister. Die andere war Adolf Hitler. "Rathenau und Hitler", so schrieb der Autor, "sind die beiden Erscheinungen gewesen, die die Phantasie der deutschen Masse aufs äußerste gereizt haben: der eine durch seine unfassliche Kultur, der andere durch seine unfassliche Gemeinheit."

Wenn Walther Rathenau morgens aus der Tür seiner Villa im Berliner Grunewald hinaustrat, dann wartete dort bereits eine Luxuskarosse in Dunkelgrau mit roten Rädern auf ihn, ein Cabriolet der Marke NAG, "Nationale Automobil-Gesellschaft". Die Villa, kühn und modern, hatte Rathenau selbst entworfen, so wie auch der Wagen aus der Produktion seines eigenen Konzerns stammte, der AEG, die einst sein Vater gegründet hatte.

Die Stadt, in die Rathenau sich dann fahren ließ, kannte er als Partygänger. Schon als 32-Jähriger hatte er in einem seiner zahlreichen Bücher geschrieben: Die Reichshauptstadt würde sich, "da sie nationslos geartet ist, an die Newa oder an die Donau versetzt, ebenso heimisch oder unheimisch fühlen wie an der Spree". In seinem kleinen Band "Die schönste Stadt der Welt" schrieb er: "Dass Berlin das Parvenü der Großstädte und die Großstadt der Parvenüs ist, dessen brauchen wir uns nicht zu schämen, denn Parvenü heißt auf deutsch: *self made man*."

Nie hatte es ein jüdischer Deutscher so weit nach oben geschafft

Und wenn Rathenau dann am Auswärtigen Amt in der Wilhelmstraße einbog, fuhr er hinein ins Zentrum der Macht, an einen Ort, an dem der Reichskanzler ihn aufgrund seines Verhandlungsgeschicks mit den Siegermächten des Ersten Weltkriegs schätzte. Niemals vorher oder nachher hat ein jüdischer Deutscher es so weit nach oben geschafft. Er ist dafür ehrgeizig bis zur Rücksichtslosigkeit gewesen, hat sich sogar demonstrativ von der jüdischen Gemeinschaft losgesagt. Mehr noch, er hat sie öffentlich als "asiatische Horde auf märkischem Sand" verspottet. Ein verzweifelter Versuch, Abstand zu gewinnen von der eigenen Herkunft.

Aber: Als Walther Rathenau, Politiker der Deutschen Demokratischen Partei, am 24. Juni 1922 im Fond seines geliebten Cabrios von einer Salve aus einer Maschinenpistole getroffen wurde, just auf dem Weg von seiner Villa ins Auswärtige Amt, da kam dieses Verbrechen längst nicht mehr aus heiterem Himmel. "In einigen Teilen meines Landes", so hatte er wenige Wochen zuvor einem Offizier der britischen Militär-Kontrollkommission anvertraut,

"marschieren Kompanien von Männern im Rhythmus der Worte: Schlagt tot den Walther Rathenau, die gottverdammte Judensau!"

Die Tat war der Höhepunkt einer rechten Terrorserie, die in der Weimarer Republik bereits seit Längerem answoll. Im Jahr zuvor war schon Matthias Erzberger, der Reichsfinanzminister, von Rechtsextremen erschossen worden, erst vor wenigen Wochen hatte der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann ein Attentat überlebt, bei dem ihm Rechte bei einem Sonntagsspaziergang giftige Blausäure ins Gesicht gespritzt hatten und er sie mit Schüssen aus seinem Revolver in die Flucht schlug. Walther Rathenau starb noch an Ort und Stelle, er wurde 54 Jahre alt.

Fast 400 politische Morde dieser Art verübten Rechtsextreme in den ersten vier Jahren nach 1918, zu ihren Opfern zählten Politiker, Arbeiter, Frauen und Kinder, Ikonen wie Rosa Luxemburg, Antimonarchisten wie der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner. Auf diese Phase des politischen Terrorismus wird heute wieder mit wachsendem Interesse zurückgeblickt - aus leider aktuellen Gründen. Manche Beobachter meinen, ein gespenstisches historisches Echo wahrzunehmen.

Die Rache der Verlierer

Einst traf es Erzberger, Luxemburg, Rathenau. Heute trifft es die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker, der ein Rechter ein Messer in den Hals stach, oder den Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach von der SPD, den Rechtsextreme zu entführen und zu ermorden planten, oder den Kasseler CDU-Politiker Walter Lübcke, den ein Rechtsextremer hinterrücks auf der Terrasse seines Hauses erschoss.

Der Historiker Florian Huber, bekannt durch sein Werk "Kind, versprich mir, dass du dich erschießt" über die Suizidwelle in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges, hat kürzlich den Mord an Walther Rathenau, exemplarisch für viele andere, vor genau dieser Folie betrachtet. "Rache der Verlierer" heißt sein Buch, es ist glänzend geschrieben, und darin spürt er der Frage nach Parallelen zur heutigen Zeit nach - und nach Lehren für sie.

Das hat viel für sich. Vor allem, wenn es um die Psychologie der Täter geht. Etliche Heimkehrer aus den Schützengräben des Ersten Weltkrieges konnten sich nicht anfreunden mit dem neuen demokratischen System, das sie nun erwartete. Sie waren zu Militarismus und Autoritarismus erzogen worden, aber jetzt war der Kaiser ins Exil fortgejagt worden - und sein Nachfolger an der Staatsspitze, Friedrich Ebert, war ein Sattler. So wie das Gefühl der Kränkung heute bei vielen Rechtsextremen den Wunsch nach Feindbildern wachsen lässt, so war dieses Gefühl nach 1918 für große Teile einer ganzen Generation bestimmend.

Der Krieg war verloren, doch viele wollten es nicht begreifen

"Das hatte etwas Unwirkliches, Unannehmbares an sich", schreibt Florian Huber. Als die Nachrichten von Kapitulation und Revolution in den ersten Novembertagen 1918 die Runde machten, verweigerten sich viele Deutsche schlicht der neuen Wirklichkeit. "Viele wähten sich in einem nicht endenden Albtraum und, hinter dem Schleier der November-Ereignisse, einer Verschwörung finsterner Kräfte."

Nicht nur, dass viele der Soldaten, die in preußischen Kadettenschulen indoktriniert worden waren, es aus ideologischen Gründen nicht wahrhaben wollten, dass Deutschland den Krieg verloren hatte. Es war auch gar nicht so einfach, es zu begreifen. Es stand kein einziger

Feindsoldat im Deutschen Reich. Die deutschen Truppen hatten bis zuletzt in Belgien gestanden, in Frankreich. Man hatte Russland 1917 einen Frieden abgezwungen.

Die meisten daheimgebliebenen Deutschen hatten seit dem Sommer 1918, gebannt von den Schlagzeilen über eine Großoffensive, sogar den Sieg vor Augen geglaubt. Dass die deutsche Front im Westen im Herbst 1918 vor dem Kollaps stand, wollten sie nicht wahrhaben. Wie, so fragten sie, kamen dann auf einmal Politiker wie Walther Rathenau dazu zu sagen, man hätte diesen Krieg verloren?

Mordzentrale "Organisation Consul"

Rathenau hatte sich einst begeistert an der Rüstungswirtschaft beteiligt, hatte nach Kriegsende aber die Zeichen der Zeit erkannt, dem Kaiser keine Träne nachgeweint und dann pragmatisch mit den Siegermächten über Reparationen gesprochen. "Volksverräter" lautete die Beschimpfung gegen ihn jetzt.

Die liberale Demokratie westlicher Prägung, für deren Etablierung Rathenau 1918 mitgestritten hatte, erschien aus dieser rechten Perspektive bloß wie eine weitere Strafe der Siegermächte, um Deutschland Fesseln anzulegen. So wuchs ein politisches Ressentiment auch gegen Rathenaus Partei, das niemand so scharf zusammenfasste wie damals der Freikorps-Schriftsteller Friedrich Wilhelm Heinz: "Das Liberale aber ist der geschworene Feind des Freiheitlichen."

Damals war es die rechtsextreme "Organisation Consul", die sich aus dieser Wut heraus ans Morden machte. Straff organisiert, gut bewaffnet, generalstabsmäßig durchorganisiert, mindestens 5000 Mitglieder stark, gab diese reichsweit tätige Geheimorganisation der Masse der jungen Männer, die sich gekränkt und um ihre Zukunft betrogen fühlten, eine Richtung vor.

Unter der Leitung des damals erst 40 Jahre alten, ehemaligen Brigade-Offiziers Hermann Ehrhardt koordinierte die "Organisation Consul" von Büroräumen in der Trautenwolfstraße 8 in München-Schwabing aus politische Attentate, sogenannte Fememorde. Von dort kamen auch die Täter, die Rathenau erschossen, bei einem Überholmanöver aus einem offenen Mercedes-Tourenwagen.

Aber die historische Parallele, das wird bei Florian Huber erkennbar, stößt dann doch an ihre Grenzen. Heute, hundert Jahre später, sind rechtsterroristische Gruppen wie der NSU, die Gruppe Freital, die "Oldschool Society" viel kleiner, und das hat Gründe. Zunächst: Sie werden von der Justiz nicht mehr so ermutigt wie einst von einer Richterschaft, die für die Weimarer Demokratie vor allem Abscheu empfand. Der Rechtsextreme, der 1920 einen ersten Mordversuch gegen den Finanzminister Matthias Erzberger verübte, war in Berlin zu nur viereinhalb Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Richter hatten ihm vorbildliche Gesinnung bescheinigt.

Das Rätsel der Kränkung

Vor allem aber: Welche Kränkung, welcher biografische Umbruch soll das eigentlich heute, hundert Jahre später, sein, der Rechtsextremen ähnlich stark in den Knochen sitzt wie 1918 die Schmach als Verlierer des Ersten Weltkriegs? Je mehr die Motive der Rechtsextremen vor hundert Jahren erklärlich zu werden scheinen, desto mehr wächst mit Blick auf die Gegenwart eigentlich das Unverständnis.

Oft wird auf die Erfahrungen der DDR-Bürger hingewiesen, deren Lebensleistung nach 1989 ähnlich entwertet worden sei. "Wer den Bruch seiner Biografie erleben muss, vergisst nicht die Erfahrung, anschließend auch noch 'aussortiert' und beiseitegeschoben zu werden", schreibt Florian Huber. Dies sei auch übertragbar auf die nächste Generation, argumentiert er. "Man muss sein Leben nicht gelebt haben, um sich darum betrogen zu fühlen. Wer als junger Mensch dem Untergang der Welt seiner Eltern beiwohnt, ist mehr als nur Zeuge."

Aber der Mörder von Walter Lübcke im Jahr 2019 kam nicht aus der ehemaligen DDR. Sondern aus Wiesbaden. Das Mordkomplott gegen Gesundheitsminister Karl Lauterbach, mit dem kürzlich eine Gruppe namens "Vereinte Patrioten" aufflog, entstand nicht in Ostdeutschland, sondern in Rheinland-Pfalz.

Und die Rechtsextremen auch in Ostdeutschland trauern ja nicht etwa einem Zustand hinterher, der erst 1989 verloren gegangen ist. So eng ist der Zusammenhang mit dem eigenen biografischen Erleben heute nicht mehr. Die Kränkung, die Menschen zum Hass auf das demokratische System bewegt, ist heute diffuser. Es geht zwar weiterhin um Angst vor dem Verlust von gesellschaftlichem Status - als Weißer, als Deutscher, als Mann. Aber anders als vor hundert Jahren haben die meisten heutigen Rechtsextremen von vorneherein nie eine glorreiche (militaristische) Zukunft vor Augen gehabt, die ihnen dann jemand abrupt streitig gemacht hätte.

"Ich glaube nicht an unser Recht zur endgültigen Weltbestimmung."

"Heute sind es zwei Jahre", so schrieb Walther Rathenau am 31. Juli 1916, "daß ich von der Denkweise meines Volkes mich schmerzlich getrennt fühle, soweit sie den Krieg als ein erlösendes Ereignis wertet ... Ich glaube nicht an unser Recht zur endgültigen Weltbestimmung - noch an irgendjemandes Recht dazu - weil weder wir noch andere es verdient haben." Rathenau arbeitete da gerade an seinem bedeutendsten Buch, "Von kommenden Dingen", das den mittleren Band seiner 1918 in fünf Bänden erschienenen gesammelten Schriften bilden sollte.

Rathenau, der Unternehmer, hatte die taktische Weitsicht, um dem von Hitler propagierten Rückzug in die nationalistische Abschottung etwas entgegenzusetzen, das zwar progressiv war - aber nicht so radikal, dass es Bürgertum und Adel vergrault hätte. "Was die Nationen hindert, einander zu vertrauen, sich aufeinander zu stützen, ihre Besitztümer und Kräfte wechselweise mitzuteilen und zu genießen, sind nur mittelbar Fragen der Macht, des Imperialismus und der Expansion", hatte Rathenau schon 1913 in einem Zeitungsbeitrag geschrieben - "im Kerne sind es Fragen der Wirtschaft."

Was er empfahl, war schon damals die europäische Idee: "Verschmilzt die Wirtschaft Europas zur Gemeinschaft, und das wird früher geschehen, als wir denken, so verschmilzt auch die Politik. Das ist nicht der Weltfrieden, nicht die Abrüstung und nicht die Erschlaffung, aber es ist Milderung der Konflikte, Kräfteersparnis und solidarische Zivilisation."

"Da steht der Feind!"

Seine Mörder hatten erwartet, dass der Tod Walther Rathenaus als "Fanal" - ein Lieblingswort von Rechtsterroristen - dienen, die rechte Szene stark mobilisieren und die regierenden Demokraten verunsichern würde. Stattdessen kam es zunächst anders. Im Reichstag herrschte seltene Eintracht in der Trauer und Verurteilung der Tat, Reichskanzler Joseph Wirth von der katholischen Zentrumspartei trat nicht nur den Mördern Rathenaus, sondern auch den

deutschnationalen Abgeordneten so deutlich entgegen wie noch nie zuvor: "Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt", sagte er, in Richtung ihrer Fraktion gewandt, in einer emotionalen Rede am Tag nach dem Mord. "Da steht der Feind - und darüber ist kein Zweifel: Dieser Feind steht rechts."

Nach dem Mord an dem CDU-Lokalpolitiker Walter Lübcke im Sommer 2019 war es so: Plötzlich reagierte die Bundesregierung in Berlin mit einer Entschlossenheit, die im Kampf gegen viele andere Fälle von Rechtsextremismus zuvor jahrelange vermisst worden war. Die Tat, die sich gegen einen Politiker richtete, war symbolträchtig, die Reaktion war scharf. Auch nach dem Mord an dem Politiker Walther Rathenau erließ der Reichstag binnen weniger Wochen ein umfangreiches "Gesetz zum Schutz der Republik". Es verbot etwa Organisationen, die sich gegen die "verfassungsmäßige republikanische Staatsform" richteten. Aber die Justiz hat es dann verwässert. Damals war es schon zu spät.

URL:

www.sz.de/1.5603025

Copyright:

Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle:

SZ/jkä

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.